



KKV

Verband der Katholiken
in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft – Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt

- Matthias Belafi
- Dirk Grünewald
- Lars Martin Klieve
- Christa Thoben

17

Dokumentation

KKV-Herbstforum am 8. November 2010

in Essen

KKV Diözesanverbände

Essen e.V.,

Aachen, Köln, Münster, Paderborn

Inhalt

Begrüßung 1

Statements

Matthias Belafi 5

Dirk Grünewald 12

Lars Martin Klieve 19

Christa Thoben 25

Schlusswort 31

Ein Verband stellt sich vor 33

Begrüßung

Bernd-M. Wehner, Vors. KKV-Bundesverband

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fliß, liebe Frau Bauer, lieber Herr Schaffrick, sehr geehrte Damen und Herren,

zu unserem 17. KKV-Herbstforum, das von den fünf KKV Diözesanverbänden in NRW – federführend vom Diözesanverband Essen – gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wird, heiße ich Sie herzlich willkommen.

Ich freue mich, dass wir Ihnen wieder ein Podium mit exzellenten Teilnehmern anbieten können.

Gleichzeitig darf ich die Gelegenheit wahrnehmen und Ihnen, **Frau Thoben**, zur Wahl als Landesschatzmeisterin der CDU gratulieren. Allerdings hätte ich Sie persönlich lieber als Wirtschaftsministerin wieder begrüßt!

Darüber hinaus darf ich Ihnen die herzlichsten Grüße und Segenswünsche von Bischof Franz-Josef Overbeck übermitteln. Er ist in Gedanken bei uns und wünscht unserer Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf. Im Gegenzug dürfen wir ihm zu seiner erst kürzlich erfolgten Ernennung zum Mitglied der päpstlichen Lateinamerika-Kommission gratulieren.

Unser Thema heute haben wir nicht von ungefähr gewählt. Wenn wir sehen, wie die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft schwindet, dann ist das eine bedenkliche Entwicklung. Eine Befragung der Bertelsmann-Stiftung im Sommer 2008 spiegelt dies wider:

38 Prozent der Befragten haben keine gute Meinung von unserer Wirtschaftsordnung. 49 Prozent glauben, der soziale Ausgleich sei auf der Strecke geblieben. Früher war man überzeugt, dass es den Arbeitnehmern gut gehe, wenn es auch den Unternehmen gut geht. Dieser Konsens ist offenbar zerbrochen, ihm stimmen nur noch 26 Prozent der Befragten zu.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Roman-Herzog-Institut: Danach vertreten drei Viertel der Befragten die Ansicht, dass Unternehmensgewinne der Gesellschaft nicht nützen. Ein Drittel der Befragten hält Unternehmensgewinne gar für unmoralisch.

Und als Grund der Skepsis wird angeführt, das System produziere Ungerechtigkeit, unterstütze die Selbstbedienungsmentalität weni-

ger Manager, öffne die Schere zwischen Arm und Reich weiter und setze den Einzelnen dem Strukturwandel hilflos aus. Vor allem aber: In der Wirtschaft gebe es keine Moral mehr.

Diesem Ergebnis der Befragung wird man kaum ernsthaft widersprechen. Zeigt es doch, wie heute viele Menschen denken bzw. etwas empfinden.

Allerdings kennen wir auch alle den Unterschied zwischen der tatsächlichen und gefühlten Realität. Oder anders formuliert: zwischen der öffentlichen und veröffentlichten Meinung.

Deshalb tritt der KKV für die Rückbesinnung auf die ethischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ein. Und deshalb haben wir für das Jahr 2010 den Schwerpunkt unserer Arbeit unter das Thema „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft – Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt“ gestellt.

Wir wollen damit deutlich machen, dass Freiheit, Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Wettbewerb **die** Faktoren eines erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialsystems sind und bleiben. Gleichzeitig gehört dazu aber auch ein durchsetzungsfähiger Staat, der für einen stabilen Rechtsrahmen und eine Sozialordnung sorgt, die auf Eigenvorsorge **und** Solidarität mit den Schwachen setzt

Deshalb ist es notwendig, dass die ethischen Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft und das damit verbundene Menschenbild wieder ins Bewusstsein gerufen werden. Die Soziale Marktwirtschaft rückt den Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens. Ist doch der **Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft**. Der Mensch darf daher nicht zum Mittel erniedrigt werden. Vielmehr muss die Wirtschaft dem Menschen und seinen Bedürfnissen dienen. Sie muss die Würde der menschlichen Person und das Wohl der gesamten Gesellschaft achten und fördern. Dazu benötigt der Markt Regeln und Moral.

Marktwirtschaftliches Credo nicht das Heil aller Dinge

Bei aller Würdigung der positiven Aspekte der freien Marktwirtschaft ist jedoch darauf zu achten, dass die freie Entfaltung der Marktwirtschaft nicht zur alleinigen Regulationsinstanz für das gesamte gesellschaftliche Leben werden darf. Das marktwirtschaftliche Credo ist nicht das Heil aller Dinge. Die Lösung der Probleme darf nicht in einem blinden Glauben den Prozessen der Marktkräfte überlassen werden. „Marktwirtschaft pur“ ist ein Attentat auf die soziale Gerechtigkeit. Eine freie

Marktwirtschaft ohne soziale Komponenten wäre ein Rückfall in den Manchesterkapitalismus und Wirtschaftsliberalismus. Freie Marktwirtschaft ist aus Sicht der Katholischen Soziallehre kein Freibrief für zügelloses Finanzgebaren und unmoralisches kapitalistisches Abenteuerium.

Im Zentrum der Marktwirtschaft hat deshalb der **Mensch** zu stehen. Zyniker würden jetzt sagen – und da stört er am meisten! Von daher braucht der Markt Regeln und Moral. Er darf kein frei schwebendes, in einem wertneutralen Raum agierendes System sein, sondern ist, wenn er sozial sein will, den Menschen verpflichtet.

Ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen in seinem Inneren kann der Markt die ihm eigene wirtschaftliche Funktion nicht vollkommen erfüllen. Heute ist dieses Vertrauen verlorengegangen, und der Vertrauensverlust ist ein schwerer Verlust.

Der „Ehrbare Kaufmann“

Nicht umsonst ist auf einmal der „Ehrbare Kaufmann“ in aller Munde. Während der Begriff heute wieder eine gesellschaftspolitische Renaissance erlebt, hat der KKV als einstmals kaufmännischer Verband die Idee bereits seit 1877 hoch gehalten und auch dann dazu gestanden, als es nicht unbedingt angesagt war, in Zeiten schneller Gewinne bodenständig, nachhaltig und sozial zu sein.

Der Leitspruch des KKV **„Ehrlich im Handel, christlich im Wandel“** ist daher aktueller denn je.

Die Wirtschaft braucht nämlich für ihr korrektes Funktionieren die Ethik; nicht irgendeine Ethik, sondern eine menschenfreundliche, das heißt eine christliche Ethik.

Allerdings benötigen Ethik und Moral auch Sachkenntnis. Bereits 1986 hat dies der damalige Kardinal Josef Ratzinger, unser jetziger Papst, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn er sagt: *„Eine **Moral**, die dabei die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verknennung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit. Wir brauchen heute ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Verstand, aber auch ein Höchstmaß an Ethos, damit der wirtschaftliche Sachverstand*

in den Dienst der richtigen Ziele tritt und seine Erkenntnis politisch vollziehbar und sozial tragbar.“

Treffender kann man es nicht formulieren.

Nun, die Sachkenntnis haben wir auf unserem Podium versammelt.

Unser Moderator, Frank Meßing, Wirtschaftsredakteur der WAZ, wird nachher nicht nur die Mitglieder des Podiums vorstellen, sondern auch dafür sorgen, dass unsere Referenten ihre jeweilige Sichtweise einbringen.

Als Dank erwartet die Teilnehmer unseres Podiums wieder der Wirtschaftskalender für 2011. Hier heißt es hier in der 14. Woche:

**„Nicht wer rennen kann, gewinnt das Rennen,
sondern wer bis zum Ende rennen kann.“**

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen langen Atem und Ausdauer, damit wir das Rennen um die Soziale Marktwirtschaft gewinnen.

Matthias Belafi

Geschäftsführer der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz

Aus der Sicht der Kirche:

1. War die Krise nur eine konjunkturelle Delle?

Für das Jahr 2010 geht die Bundesregierung von einem Wirtschaftswachstum in Deutschland von 3,4 Prozent aus. Die Bundesagentur für Arbeit hat bekanntgegeben, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im vergangenen Monat auf unter 3 Millionen gesunken ist. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen damit, dass in fünf bis zehn Jahren wieder Vollbeschäftigung herrscht, die Arbeitslosenquote also unter 4 Prozent liegen wird. Bis zum Jahr 2012 werden Steuermehreinnahmen von mehr als 60 Milliarden Euro erwartet. Wenn wir diese heutige Situation mit den Voraussagen rund um den Jahreswechsel 2008/2009 vergleichen, dann stellt sich die Frage: War die große Krise am Ende vielleicht doch nur eine konjunkturelle Delle?

Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung hat man den Eindruck, dass die Krise angesichts der positiven Entwicklungen immer mehr aus dem Blickfeld rückt, dass der Ruf nach Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung deutlich leiser und der Druck der Öffentlichkeit immer schwächer wird. Klar: Die Staatsverschuldung ist durch verschiedene Rettungsmaßnahmen und durch die Krisenbewältigung noch einmal stark angestiegen. Aber das Gefühl, dass die Krise auch unser Land betrifft, schwindet. Denn Deutschland ist – wie die eingangs genannten Zahlen zeigen – gut durch die Krise gekommen. Die deutsche Wirtschaft brummt wieder. Wer denkt da an Krise oder an Reformbedarf?

Dennoch gilt es, etwas genauer hinzusehen auf die Lehren, die wir aus der Krise gezogen haben, und auf die Konsequenzen, die bereits unternommen wurden, und diejenigen, die noch ausstehen. Die Krise

sollte ja ein „Lernort“ sein,¹ so hat es Erzbischof Dr. Reinhard Marx genannt, der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, für die ich tätig bin. Wenn die Krise Lernort ist, dann kann es aber auch kein „Es geht schon wieder“ und kein „business as usual“ geben. Wir müssen vielmehr überprüfen und hinterfragen, uns von Falschem trennen und Neues wagen.

Auch der Papst unterstreicht diese Notwendigkeit: Mitten in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Benedikt XVI. seine erste Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ veröffentlicht.² Das Erscheinen dieser Enzyklika war schon 2007 zum 40. Jahrestag der Enzyklika „Populorum Progressio“ erwartet worden, unter anderem wegen des Ausbruchs der Krise aber mehrfach verschoben worden. In „Caritas in veritate“ stellt der Papst klar: „Die Krise verpflichtet uns, unseren Weg neu zu planen, uns neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, auf positive Erfahrungen zuzusteuern und die negativen zu verwerfen“ (Civ 21).

2. Der politisch-diakonische Auftrag der Kirche

Warum äußert sich aber die Kirche zur Finanzkrise und ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen? Sie tut dies nicht aus besserer wirtschaftswissenschaftlicher Einsicht heraus. Sie stellt sich diesen Fragen vielmehr vor dem Hintergrund ihres politisch-diakonischen Auftrags. Im Mittelpunkt der katholischen Soziallehre steht der Mensch. Insofern äußert sich die Kirche, weil es ihr um den Menschen geht.

Die Sozialverkündigung der Kirche stützt sich dabei zum einen auf das Lehramt, die päpstlichen Enzykliken und Lehrschreiben, zum zweiten auf die wissenschaftliche Sozialethik, zum dritten aber auch auf die katholische Sozialbewegung und die katholischen Verbände. Gerade bei einem katholischen Sozialverband wie dem KKV will ich deshalb die Bedeutung der katholischen sozialen Bewegung und die Verantwortung

¹ Marx, Reinhard: Die Krise als Lernort: Globalisierung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Rüttgers, Jürgen (Hrsg.): Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise, Essen 2009, S. 69-78.

² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Enzyklika Caritas in veritate von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen gottgeweihten Lebens, an die christgläubigen Laien und an alle Menschen guten Willens über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit, Bonn 2009 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 186).

der Sozialverbände als Teil der Sozialverkündigung noch einmal deutlich unterstreichen.

Es ist jedoch weder die Aufgabe der Kirche noch ihre Kompetenz, eine konkrete Ausgestaltung des Wirtschaftsmodells zu propagieren. Das ist vielmehr die Aufgabe der Politik. Papst Benedikt XVI. hat es in seiner Enzyklika „Deus caritas est“ folgendermaßen ausgedrückt: „Die gerechte Gesellschaft kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muss von der Politik geschaffen werden.“ (Dce 28a) Stattdessen versteht sich die Kirche vielmehr als Partner im Dialog über die Grundlagen einer gerechten und menschenwürdigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Mit der Katholischen Soziallehre bietet sie Orientierungen und Maßstäbe an, auf deren Grundlage die jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten einer kritischen Bewertung unterzogen werden können. Die Katholische Soziallehre beansprucht also nicht die Kompetenz zu besseren Lösungen, aber sie bietet eine Richtschnur an und versteht sich deshalb eher als eine Art Navigationsystem.

Nach dem christlichen Menschenbild zeichnet sich der Mensch vor allem durch seine Gottebenbildlichkeit aus. Daraus leitet sich seine unveräußerliche und unteilbare Würde ab. Diese Würde der Person ist auch die Grundlage der Freiheit des Menschen. Der Mensch ist als Person aber nicht nur ein individuelles Wesen, sondern in der Gemeinschaft immer auch ein soziales Wesen. Er steht im Spannungsfeld von Personalität und Sozialität. Insofern ist der Mensch ein moralisches Subjekt, das für das eigene Handeln und für seine Mitmenschen Verantwortung trägt. Seine Freiheit endet in der Freiheit des Anderen. Freiheit gibt es in diesem Sinne nur in Verbindung mit Verantwortung. Deshalb können im christlichen Menschenbild Freiheit und soziale Verpflichtung, persönliche Verantwortung und Solidarität nicht voneinander gelöst werden.

So erklären sich auch die Prinzipien der Katholischen Soziallehre: Aus der Grundlage des Personalitätsprinzips leiten sich die Sozialprinzipien Solidarität und Subsidiarität ab. Gemeinsam bilden diese drei Prinzipien den Rahmen für die Ausgestaltung einer gerechten Ordnung: Der Staat muss dem Solidaritätsprinzip entsprechend die Interessen aller wahren und ist deshalb am Gemeinwohl orientiert. Gleichzeitig muss er aber gemäß dem Subsidiaritätsprinzip dem Einzelnen und den gesellschaftlichen Gruppen Vorrang geben. Dazu muss er ihnen Handlungsspielraum schaffen, er darf ihr Selbstbestimmungsrecht nicht beschneiden und muss von ihnen Eigenverantwortung sowohl einfordern

als auch ermöglichen. Ausgangs- und Mittelpunkt ist im Sinne des Personalitätsprinzips jedoch der Mensch.

Die Sozialprinzipien gelten nicht nur für die politische, sondern für jegliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. „Auch im Wirtschaftsleben sind die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerte Berufung wie auch das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern, ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“, so formuliert es die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute (GS 63). Wirtschaftliches Handeln ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Menschen dienen. Deshalb soll die Wirtschaft nicht nur effizient sein, sondern auch gerecht. Damit leitet sich für das christliche Menschenbild Gerechtigkeit direkt aus der Würde des Menschen ab.

3. Die Katholische Soziallehre und die Soziale Marktwirtschaft

Das Verhältnis der Katholischen Soziallehre zur Sozialen Marktwirtschaft war nicht immer eindeutig positiv. Auch wenn der Ausgangspunkt der Sozialen Marktwirtschaft im Grunde das christliche Verständnis vom Menschen ist und oft auf den christlichen Kontext der Vertreter der Freiburger Schule verwiesen wird: Schließlich ist der Ordoliberalismus in seinen Anfängen von evangelischen Christen geprägt. Die Katholiken waren da erst einmal skeptisch, auch ein Ordoliberalismus galt zunächst einmal immer noch als Liberalismus! Eine Ausnahme bildete der spätere Kardinal Joseph Höffner, der in Freiburg bei Walter Eucken promoviert hatte und den Brückenschlag zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Katholischer Soziallehre betrieb. Doch die Katholische Soziallehre näherte sich langsam dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft an, bis mit der Enzyklika „Centessimus annus“ von Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991 die Sozialverkündigung der Kirche schließlich an die Soziale Marktwirtschaft anknüpfen konnte.

Damals hat sich Johannes Paul II. nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit der Frage auseinandergesetzt, ob sich der Kapitalismus nach dem Scheitern des Kommunismus als globales Gesellschafts- und Wirtschaftssystem durchsetzen wird. Zwiespältig antwortete er: „Wird mit ‚Kapitalismus‘ ein Wirtschaftssystem bezeichnet, das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der

Wirtschaft anerkennt, ist die Antwort sicher positiv. Vielleicht wäre es passender, von ‚Unternehmenswirtschaft‘ oder ‚Marktwirtschaft‘ oder einfach ‚freier Wirtschaft‘ zu sprechen. Wird aber unter ‚Kapitalismus‘ ein System verstanden, in dem die wirtschaftliche Freiheit nicht in eine feste Rechtsordnung eingebunden ist, die sie in den Dienst der vollen menschlichen Freiheit stellt und sie als eine besondere Dimension dieser Freiheit mit ihrem ethischen und religiösen Mittelpunkt ansieht, dann ist die Antwort ebenso entschieden negativ“ (CA 42).

Heute wird man wohl zweifelsohne sagen können, dass sich Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft nicht nur weitestgehend angenähert und große Überschneidungen haben, sondern dass die Soziale Marktwirtschaft diejenige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darstellt, die den Vorstellungen der katholischen Soziallehre entspricht. Insofern können kirchliche Stellungnahmen heute durchaus auch ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft enthalten: Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz hat beispielsweise eine Expertenarbeitsgruppe zur Finanz- und Wirtschaftskrise eingerichtet, deren Beratungsergebnis als Stellungnahme von der Kommission im Dezember 2009 veröffentlicht worden ist. Dieser Kommissionstext nimmt Beobachtungen vor und gibt Empfehlungen für den Umgang mit den Folgen der Krise. Der Titel der Stellungnahme lautet bezeichnend „Auf dem Weg aus der Krise“.³ Dieser von der bischöflichen Kommission veröffentlichte Text beinhaltet – angesichts der grundlegenden Anfragen durch die Krise – zunächst auch ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft: „Für die richtige Balance zwischen Markt und Staat steht in Deutschland seit Jahrzehnten das Grundmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft gibt wirtschaftlicher Freiheit eine Ordnung, verbindet wirtschaftliche Effizienz mit sozialem Ausgleich.“⁴

Das mag vielleicht zunächst verwundern, da der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft doch in aller Munde ist, und ein Bekenntnis dazu vielleicht etwas überflüssig erscheint. Doch ich bin mir nicht sicher, ob alle unter der Sozialen Marktwirtschaft das Gleiche meinen. So mancher

³ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Auf dem Weg aus der Krise. Beobachtungen und Orientierungen. Stellungnahme einer von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz berufenen Arbeitsgruppe zur Finanz- und Wirtschaftskrise, Bonn 2009. (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Nr. 30).

⁴ Ebd., S. 16.

Zeitgenosse erscheint mir doch an der semantischen Hülle des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft unbedingt festhalten, ihren Inhalt aber in die eine oder in die andere Richtung ändern zu wollen. Demgegenüber steht nun dieses Bekenntnis zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das verbunden ist mit der Forderung, die Soziale Marktwirtschaft immer wieder an ihrer ursprünglichen Konzeption zu messen und an ihren Maßstäben zu erneuern.

4. Eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

Wenn wir auf die Ursachen der Krise schauen, dann müssen wir feststellen, dass zentrale Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verletzt worden sind. An manchen Stellen hat sich die Freiheit von der Verantwortung gelöst. Freiheit, so hat aber schon Ludwig Erhard gesagt, darf nicht „zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzeln“.⁵ Freiheit muss immer mit Verantwortung korrespondieren – da sind sich die Katholische Soziallehre und die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft einig.

Das nach Walter Eucken „konstituierende Prinzip der Haftung“ wurde jedoch nicht mehr hinreichend eingehalten. Wir wissen grundsätzlich schon, dass hohe Gewinne nur mit hohen Risiken verbunden sein können. Es war aber möglich, solche Risiken einzugehen und hohe Gewinne einzustreichen, ohne bei einem Scheitern den Verlust tragen zu müssen. Deshalb bedarf es eines Ordnungsrahmens, der sicherstellt, dass Freiheit und Verantwortung, dass Risiko und Haftung wieder fester aneinander gebunden werden.

Sicherlich, die Fragen, vor denen wir stehen, sind komplex und die Lösungen brauchen Kreativität. Doch sollten wir uns dabei nicht entmutigen lassen. Papst Benedikt sagt dazu in seiner Enzyklika: „Die Kompliziertheit und Schwere der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise besorgt uns zu Recht, doch müssen wir mit Realismus, Vertrauen und Hoffnung die neuen Verantwortungen übernehmen [...]. In dieser eher zuversichtlichen als resignierten Grundhaltung müssen die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Angriff genommen werden.“ (Civ 21)

⁵ Erhard, Ludwig: Freiheit und Verantwortung. Ansprache vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU, Hamburg, 2. Juni 1961, in: ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hrsg. v. Karl Hohmann, Düsseldorf, Wien, New York 1988, S. 676-683, hier: S. 677.

Viele Maßnahmen sind bereits ergriffen worden, denken wir an die Eigenkapitalvorschriften für Banken. Viele Fragen sind aber noch ungelöst, beispielsweise die Frage der Insolvenz von Finanzinstituten. Wir stehen vor der Herausforderung, dass manche Kreditinstitute „to big to fail“ sind, also so groß und im Finanzwesen vernetzt, dass eine Insolvenz dieser Banken nicht verkraftbare Folgewirkungen auf den Finanzmärkten hätte. Solche Banken müssten in der Praxis nicht für ihre unternehmerischen Fehlentscheidungen einstehen, weil sich das Gemeinwesen ihren Zusammenbruch nicht erlauben könnte. Eine Regelung, wie auch große und vernetzte Banken abgewickelt werden können, fehlt bislang noch. Gleiches gilt auch für Staaten – trotz der Bemühungen der Bundeskanzlerin, mit Hilfe einer Änderung der Europäischen Verträge einen dauerhaften Schutzschirm auch unter Beteiligung privater Gläubiger aufzuspannen. Insgesamt brauchen wir eine verbesserte Aufsicht, mehr Transparenz und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Dabei geht es letztlich darum, zentralen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder zur Geltung zu verhelfen. Unsere Welt bedarf „der Wiederentdeckung von Grundwerten [...], auf denen eine bessere Zukunft aufzubauen ist“ (Civ 21).

Wenn wir jetzt also in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise innehalten und unseren Weg neu planen, dann müssen wir feststellen, dass die gebotenen Konsequenzen aus der Krise zwar Änderungen an unserem Kurs darstellen, aber keine grundsätzliche Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft. Die gebotenen Veränderungen sind vielmehr ein Umkehren, ein Zurück zu den Grundlagen und den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, von denen sich unsere Wirtschaftsordnung entfernt hat. Oder um es mit dem Titel Ihrer Veranstaltung zu sagen: Es geht um eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Katholische Soziallehre beansprucht dabei nicht, die besseren Lösungen zu haben für die die konkrete Ausgestaltung von einzelnen Maßnahmen. Als Navigationshilfe zeigt sie jedoch die Richtung an, in die unsere Entwicklung gehen muss. Es zielt unmissverständlich auf eine Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ab, wenn die Navigationsansage der Katholischen Soziallehre derzeit lautet: „Wenn möglich bitte wenden.“

Dirk Grünewald

IHK-Präsident für Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Aus der Sicht der Wirtschaft:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank, dass ich im Rahmen des 17. KKV-Herbstforums einige Worte zur „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ aus Sicht der Wirtschaft an Sie richten darf. Ich bin heute nicht das erste Mal hier. Und daran können Sie schon sehen, wie sehr ich diesen Austausch schätze und dass ich immer gerne zu Ihnen komme.

Als IHK zu Essen sind wir der Sozialen Marktwirtschaft besonders verpflichtet. Denn einer der Gründerväter – Ludwig Erhard – schaut uns bei der Arbeit täglich über die Schulter. Als Außenstelle des Deutschen Plakatumuseum hängt der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und spätere Kanzler im 1. Stock der IHK mit den Worten: „Erhard hält, was er verspricht: Wohlstand für alle durch die Soziale Marktwirtschaft.“

Nun könnten Sie auf die Idee kommen, dass die Soziale Marktwirtschaft reif fürs Museum ist. Das ist natürlich nicht der Fall und im Folgenden möchte ich Ihnen aus wirtschaftlicher Sicht zeigen, warum dieses System auch für Unternehmen bedeutend ist. Insgesamt sind heute von mir nur Impulse gefragt. Auf tiefgehende Analysen und ausschweifende Reden wollen wir verzichten – was bei der komplexen Thematik sicherlich schwierig ist. Aber Impulse sollen ja auch nur einen Anreiz geben. In unserem Fall hoffentlich einen Anreiz für eine spannende Diskussion.

Meine Damen und Herren, man könnte sich ja auf den Standpunkt stellen und sagen: Wir führen nur eine theoretische Diskussion der Wirtschaftswissenschaften, welches Ordnungssystem gelten soll. Das ist aber zu kurz gegriffen. Es ist für die unternehmerische Aktivität entscheidend, ob der Staat in wichtige Bereiche eingreift, sie gar selbst steuert oder ob Angebot und Nachfrage das Handeln bestimmen. Die Soziale Marktwirtschaft wird vielfach als der dritte Weg zwischen freier Marktwirtschaft und zentralistischer Steuerung verstanden.

Die Soziale Marktwirtschaft hat seit vielen Jahren in Deutschland ihren festen Platz. Das war nicht immer so. Zu Beginn gab es in weiten Teilen der Bevölkerung noch die Meinung, die Bewirtschaftung müsse aufrecht erhalten werden. Ein System der Marktwirtschaft führe dagegen unweigerlich ins Chaos. Zu einer Zeit, in der großer Mangel herrschte, war dies sicherlich eine nachvollziehbare Einstellung. Nach dem Erfolg und dem Ansteigen des Wohlstands wuchs dann jedoch die Zustimmung.

Heute ist es so, dass der Begriff allgemein akzeptiert ist – wohl auch, weil jeder ihn nach seinen eigenen Vorstellungen definiert. Überraschend ist meiner Ansicht nach das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Allensbach Instituts aus diesem Jahr. Demnach haben 38 Prozent der Befragten eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft. Aber immerhin 28 Prozent lehnen diese eher ab. Letzteres ist aus meiner Sicht ein recht hoher Wert. Gleichwohl: Auf die Frage, ob es denn ein besseres System als die Soziale Marktwirtschaft gebe, antworten nur 14 Prozent mit Ja. Und wenn dann noch nach konkreten Alternativen gefragt wird, fallen die Antworten noch dünner aus.

In dem Titel des 17. KKV-Herbstforums können wir lesen, dass mit der Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft auch „Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt“ verbunden sind. Lassen Sie mich an dieser Stelle ebenfalls die Allensbach-Umfrage zitieren, da diese hier spannende Ergebnisse zeigt: Die deutliche Mehrheit der Befragten – 58 Prozent – ist der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik – also in der Sozialen Marktwirtschaft – *nicht* gerecht sind.

Überraschend ist dies nicht. Denn was ist schon gerecht? Wenn alle das Gleiche für ihre Arbeit bekommen – unabhängig davon, was sie leisten? Wenn ein Vorstandsvorsitzender nicht 500 mal mehr verdient als der Facharbeiter, sondern nur 300 mal mehr? Ich wage mal zu bezweifeln, dass wir heute eine Antwort auf die Frage finden. Sie haben daher in dem Titel ja auch klugerweise den Komparativ in der Frage nach der „gerechten Welt“ verwendet. Schließlich ist es leichter zu definieren, was ungerecht als was gerecht ist.

Doch zurück zur Sozialen Marktwirtschaft. Man kann das System mit einem Wanderer vergleichen, der zu Beginn seiner Tour immer genau das dabei hat, was er braucht. Er legt täglich eine ordentliche Wegstrecke zurück. Mit der Zeit kommt er an vielen Dörfern vorbei. Die Menschen geben ihm immer mehr mit auf den Weg, weil sie ihn mögen: Einen größeren Gaskocher, mehr Kleidung zum Wechseln, Geschirr

für unterschiedliche Mahlzeiten usw. Sie tun das, weil sie es gut mit ihm meinen und der Ansicht sind, dass ein Wanderer diese Dinge benötigt.

Nach einiger Zeit ist der Wanderer jedoch so mit Ballast beladen, dass er kaum mehr weiter kommt. Seine Leistung lässt nach und gleichzeitig sagen viele in den Dörfern, dass mit ihm ja auch nichts mehr los sei. Vielleicht besinnt er sich ja wieder auf seine Anfangstage und das, was er wirklich benötigt.

Das gleiche gilt für die Soziale Marktwirtschaft. Sie startete und wurde recht schnell erfolgreich. Die Gründerväter gingen noch davon aus, dass das Soziale im Markt inbegriffen wäre. Denn schließlich wird die Produktion nach den Wünschen der Verbraucher gesteuert. Und das Erwirtschaftete verteilt sich nach der Leistung des Einzelnen.

Die Gemeinschaft sollte allerdings sicherstellen, dass jeder ein menschenwürdiges Leben führen kann, der Hilfe braucht – wie zum Beispiel Kranke, Behinderte oder Alte. Ansonsten sollten eher Hilfen zur Selbsthilfe gegeben werden. Erhard war aber auch der Auffassung, dass diese staatlichen Hilfen mit steigendem Wohlstand abnehmen müssten. Aber genau das Gegenteil erfolgte: Der Ruf nach dem Staat wurde lauter. Und dieser griff bereitwillig in sämtliche Bereiche ein.

Eigentlich könnte es für die Wirtschaft zunächst einmal unerheblich sein, wenn der Staat weitere Leistungen verspricht und Umverteilungen vornimmt. Das Problem liegt aber darin, dass Unternehmen in der Regel zur Finanzierung von Leistungen herangezogen werden. Steigen die Kosten in den sozialen Sicherungssystemen, erhöhen sich die Beiträge, die auch der Arbeitgeber zahlt. Hat die öffentliche Hand zusätzliche Ausgaben, die sie aufbringen muss, sind Betriebe durch erhöhte Steuern und Abgaben mit im Boot. Die ständige Belastung der Unternehmen verhindert aber gerade, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dabei ist doch gerade das die zentrale Frage: Wie schaffen wir es, Menschen in Lohn und Brot zu bekommen? Denn Arbeit hat nicht nur eine existenzsichernde, sondern sicherlich zum Teil auch eine sinnstiftende Aufgabe. Ob es noch einmal möglich sein wird, Vollbeschäftigung zu erreichen, ist eine Frage. Aber zumindest als Ziel sollte es doch beibehalten werden. Denn gerade unser System beruht darauf, dass es durch die Beschäftigung finanziert wird.

Meine Damen und Herren, ich habe mir im Vorfeld durchaus überlegt, ob ich überhaupt etwas zu dem Aspekt des Sozialen in der Marktwirt-

schaft sagen sollte. Man kann sich ja auf den Standpunkt stellen: Für Unternehmen ist einzig der Teil „Marktwirtschaft“ relevant. Die Umsetzung des Sozialen ist Sache der Politik; Nutznießer sind die Bürger. Aber recht schnell merkt man doch: Das Soziale ist auch für das Unternehmen von Bedeutung: Wir haben einen sozialen Frieden, von dem auch die Wirtschaft profitiert und der ein hohes Gut darstellt. So müssen wir nicht mit regelmäßigen Ausschreitungen rechnen. Das ist schon viel wert. Ein Blick nach Frankreich mit seinen Protesten verdeutlicht das eindrucksvoll.

Und letztlich: Wir halten das Prinzip des Ehrbaren Kaufmannes hoch. Das ist im Übrigen auch im Paragraphen 1 des IHK-Gesetzes verankert: Die IHKs wirken demnach für „Anstand und Sitte des Ehrbaren Kaufmannes“. Dieses Leitbild ist älter als die Soziale Marktwirtschaft. Es beschreibt die verantwortliche Mitwirkung der Unternehmen an der Gesellschaft. Dabei stehen langfristig angelegte Ziele im Vordergrund, die ihren Interessen nicht im Wege stehen sollen.

Ich will nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, sondern nur einige herausstellen. Unter anderem bedeutet es, Mitarbeiter fair und menschlich zu behandeln. Das Wort des Kaufmanns gilt etwas und wird auch eingehalten. Dieses verantwortungsvolle Verhalten soll gleichzeitig auf die Mitarbeiter positiv wirken. Denn bei aller Fairness fordert der Kaufmann dafür auch Disziplin und Leistungsbereitschaft ein.

Darüber hinaus ist er in gesellschaftliche Aktivitäten vor Ort eingebunden – sei es im Sport, der Kultur oder der Bildung. Dabei bietet die Soziale Marktwirtschaft die Rechts- und Planungssicherheit, die ein solches Engagement erst möglich macht. Das Recht ist ein wichtiger positiver Faktor. Im Grundgesetz steht zwar nicht festgeschrieben, welche Wirtschaftsordnung herrschen sollte. Dort sind aber wichtige Pfeiler eingelassen, auf denen unsere Marktwirtschaft ruht. Denn was für ein langfristig orientiertes Handeln wäre ohne grundlegende Rechte wie das auf Privateigentum, die Vertragsfreiheit oder die Gewerbefreiheit möglich? Der Rechtsstaat schafft die dafür benötigte Verlässlichkeit.

Wie bei vielen Dingen im Leben gilt aber auch hier: Das richtige Maß macht es. Denn zu den notwendigen Gesetzen kommt eine Reihe bürokratischer Vorschriften und Genehmigungsverfahren, die Unternehmen zu beachten haben. Sogar manche Experten blicken hier nicht

mehr vollständig durch. Was erwartet man hier von den Unternehmen? All dies schränkt den Freiraum der Unternehmen erheblich ein.

Um noch einmal das Bild des Wanderers aufzugreifen: Gute Kleidung schützt in Freien vor den jeweiligen Witterungsbedingungen. Man kann es aber auch übertreiben: Im Herbst mit drei Hosen, fünf Pullovern und einem dicken Mantel nach draußen zu gehen, schützt vielleicht vor Kälte. Es schränkt aber die Beweglichkeit erheblich ein. Gute funktionale Kleidung reicht in der Regel aus. Weniger ist manchmal mehr.

Für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft bleibt es daher unverzichtbar, ihre Kernelemente wieder freizulegen: Wettbewerb, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Freiheit. Die Freiheit ist dabei die notwendige Voraussetzung, um in einen fairen Wettbewerb treten zu können. Sie bietet die Möglichkeit, die eigene Kreativität zu entfalten, Leistungsbereitschaft zu zeigen und für sich selbst Verantwortung übernehmen zu können. Um sich im Wettbewerb zu behaupten, schaffen Unternehmen neue Produkte, verfeinern ihre Prozesse, optimieren ihre Preise.

Sie müssen sich um Kunden und Verbraucher bemühen und versuchen, deren Wünsche zufriedenzustellen. Die Qualität wird dabei zu einem entscheidenden Kriterium. Die Unternehmen stehen unter Druck, ständig an sich selbst zu arbeiten und Innovationen zu schaffen. Sie treiben so letztlich die Entwicklung und Dynamik einer ganzen Gesellschaft nach vorne.

In einer Ordnung, in der Preise, Produkte und Prozesse feststehen, fehlt dagegen jeglicher Anreiz, selbst kreativ zu sein. Denn wenn alles vorgegeben ist, ist keine eigene Anstrengung mehr nötig. Das wird dann zu Trägheit führen. Die Unternehmen sind gefordert, sich für ihre eigene Sache einzusetzen. Und wer kann sich besser für die eigenen Belange einsetzen als das Unternehmen selbst?

Klar ist aber: Wenn Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative gefordert werden, muss die Chancengerechtigkeit gefördert werden. Das bedeutet konkret: Bildung ist unverzichtbar. Nur wenn die grundsätzlichen Fähigkeiten vorhanden sind, sich selbst zu helfen, kann dies auch gelingen. In dieser Frage ist nicht nur der Staat mit seinem Bildungssystem gefragt. Auch das Elternhaus muss dies unterstützen.

Die Wirtschaft leistet ihren Teil: Als Beispiel führe ich gerne die berufliche Ausbildung an. Mit unserem dualen System aus Berufsschule und Praxis im Betrieb haben wir ein international beachtetes System. Leider bemerken wir aber auch, dass einfache Kernkompetenzen in der Schu-

le nicht mehr vermittelt werden. In vielen Unternehmen gibt es daher Nachhilfe und zusätzlichen Unterricht.

Darüber hinaus gibt es die Teilzeitausbildung. Diese richtet sich an junge Menschen, die wegen Geburt ihres Kindes oder Pflege eines Angehörigen eine Ausbildung abgebrochen oder erst gar nicht begonnen haben. Ihnen wird ermöglicht, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, ohne dass die Gesamtzeit der Ausbildung verlängert werden muss. Sie sollen weiterhin das Rüstzeug für das Berufsleben erhalten.

Dies erfordert viel Disziplin und Durchhaltewillen. Denn die normalen Anforderungen der Ausbildung müssen in der reduzierten Zeit geschafft werden. Viele junge Eltern haben aber diesen Ehrgeiz. Für sie ist es eine gute Möglichkeit, ihr berufliches Fortkommen auf eine fundierte Basis zu stellen.

Darüber hinaus gibt es Aktionen wie beispielsweise die Schulpartnerschaften, in denen Unternehmen mit Schulen enge Kooperationen eingehen. Es gibt noch zahlreiche Beispiele, wie sich die Wirtschaft für die Bildung engagiert.

Meine Damen und Herren, zum Kerngedanken der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben zurückzieht. Er soll Monopole möglichst verhindern. Dies ist zwar ein Eingriff in den Markt, der in einer rein freien Marktwirtschaft so nicht möglich wäre. Der Schutz des Wettbewerbs ist dagegen jedoch höher zu bewerten.

Der Staat soll die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzen. In Erhards Vorstellung passte es allerdings nicht, dass der Staat selbst unternehmerisch aktiv wird. Heute nun – Jahre später – kennen wir kommunale Reisebüros, Reinigungsfirmen oder auch Gartenbaubetriebe. Das ist ganz sicher keine Entwicklung, die in seinem Sinne gewesen wäre. Auch als IHK sehen wir dies kritisch. Wenn es in den Regionen genügend privatwirtschaftlich aktive Unternehmen gibt, muss der Staat – und oftmals sind dies Kommunen – nicht auch noch eigene Gesellschaften gründen. Er tritt damit in einigen Fällen in Konkurrenz zu mittelständischen Firmen, die es dann nicht gerade leichter haben. Denn leider gelten oftmals nicht die gleichen Bedingungen im Wettbewerb für kommunale wie für private Unternehmen.

Die Förderung des Unternehmertums sollte daher an erster Stelle stehen: Für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wird wohl auch die Frage zu stellen sein, was wir eigentlich unter „sozial“ verstehen wollen. Und natürlich bedarf es Reformen, die zu einem Wachstum von

Beschäftigung führen: Die zentralen Themen lauten Arbeitsmarkt, Steuerpolitik und Bildungssysteme.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas herausstellen: Mit Sorge beobachten wir die Entwicklung, dass Großprojekte immer wieder Protest hervorrufen. In Stuttgart wird nun von manchen Seiten ein Bürgerentscheid gefordert. Ganz gleich, wie man inhaltlich zu Stuttgart 21 steht: Das Vorhaben geht schon seit Jahren durch die Instanzen. Planungen sind auf Basis der Entscheidungen vorangetrieben worden. Und am Ende soll die Arbeit von Jahren durch einen Bürgerentscheid zunichte gemacht werden.

Ob es sinnvoll ist, hochkomplexe Projekte durch einen Bürgerentscheid zu beschließen, lasse ich zunächst einmal offen. Nicht umsonst haben wir die repräsentative Demokratie mit regelmäßigen Wahlen. Dort können die Bürger entsprechend ihrem Willen Ausdruck verleihen.

In NRW geht es öfter um Flughäfen oder den Bau von Kraftwerken, die niemand gerne bei sich in der Nachbarschaft stehen hat. Strom muss aber bekanntlich erzeugt werden.

Ein Handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip (Heiliger Sankt Florian / Verschon mein Haus / Zünd andre an!) bringt uns nicht weiter. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch, dass der Wohlstand, der verteilt wird, zunächst einmal erwirtschaftet werden muss.

Fazit: Um zu einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft zu kommen, ist es notwendig, sich auf die Kernelemente zu besinnen: Wettbewerb, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft. Die soziale Komponente darf dabei nicht vernachlässigt werden, wenn der Zuspruch zum Ordnungssystem Soziale Marktwirtschaft insgesamt beibehalten werden soll. Gleichwohl: Die Instrumente müssen dabei stets marktkonform sein.

Ich bin gespannt, ob wir in der Diskussion heute schon „Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt“ – so lautet ja der Titel des 17. KKV-Herbstforums – entdecken können. Ich möchte mit einem abgewandelten Zitat von Erhardt schließen. Allerdings nicht von Ludwig, sondern von Heinz Erhardt: „Wenn über die soziale Marktwirtschaft gestritten wird, müssen Sie 16 geben: also doppelt Acht.“

Vielen Dank!

Lars Martin Klieve

Stadtkämmerer der Stadt Essen

Aus der Sicht der Kommunalverwaltung:

Herr Bürgermeister Fliß, Frau Bauer, Herr Wehner, verehrte Damen, meine Herren, über die Bedeutung des kommunalen Gemeinwesens finden sich schon Dokumentationen im Alten Testament. So heißt es beim Propheten Jeremia: „Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn, denn wenn es der Stadt wohl geht, so geht es auch euch wohl.“ Nun, wenn man etwas sucht, und sei es das Wohl der Stadt, dann ist es gut, wenn man einen Kompass zur Hilfe hat. Selbst die Firma Apple will bei dem neuen iPhone nicht mehr auf die Vorzüge eines Kompasses verzichten und hat den vorsorglich da eingebaut. Was nun also kann unser Kompass sein? Jedenfalls wenn die Fragestellung „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ lautet, habe ich mich schon aus pädagogischen Gründen der Sozialen Marktwirtschaft angenommen und gefragt, wie weit kann diese für uns Orientierungshilfe sein bei der Suche nach dem Wohl der Stadt.

Zunächst einmal bekenne ich mich ausdrücklich zum Markt. Ich weiß nichts Besseres für die Güterdistribution als den Markt. Kein noch so klug ersonnener Plan kommt dem Markt gleich, wenn es darum geht, wirkungsvoll Angebot und Nachfrage zum Ausgleich zu bringen. Das will aber richtig verstanden sein und richtig verstanden heißt, der Markt steht im Dienste des Menschen oder, um es mit Wilhelm Röpke zu sagen: *„Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch, das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott“*. Das vorausgeschickt, wollte ich mich eigentlich unter zwei Gesichtspunkten dem Thema zuwenden, ich weiß nicht, ob ich zum zweiten noch komme.

Zunächst wähle ich den Gesichtspunkt „wirtschaftliche Betätigung“. Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen oder überhaupt der öffentlichen Hand ist seit je dem Wandel unterworfen. Teils ist das die Antwort auf veränderte soziale Strukturen, wir denken an den Bereich von Altenheimen oder Kindergärten. Viele Aufgaben, die früher im Familienverbund gelöst wurden, werden heute durch die öffentliche Hand wahrgenommen oder organisiert. Teils ist dieser Wandel allerdings auch Ausdruck eines gewachsenen Wohlstands, auch eines Bürger-

stolzes, denken wir an Theater, Bibliotheken oder Sportstätten. Im Angesicht der heute drohenden Überforderung der öffentlichen Finanzen, ich weise darauf hin, dass unter den 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen augenblicklich ganze 8 in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen, also Aufwand und Ertrag in der Balance zu halten. Angesichts also dieser heute drohenden finanziellen Überforderung muss man sich überlegen, ob der Bürgerstolz nicht zu seinen Anfängen zurückkehrt, denn der Ausgangspunkt war nicht, dass aus Steuermitteln Theater gebaut wurden, sondern tatsächlich durch die Eigeninitiative von Bürgern. Und damit bin ich bei der aktiven Bürgergesellschaft und diese will ich ausdrücklich nicht missverstanden wissen als billiger Jakob des Ehrenamtes für jene Dinge, die der Staat sich nicht leisten kann, sondern es ist im wohlverstandenen Sinne der Subsidiarität. Und das ist in diesem Raum ja nicht erklärungsbedürftig, hat doch auch die Katholische Soziallehre der Subsidiarität, also dem Vorrang der kleineren Einheit, immer Präferenz eingeräumt, sprich, das was der einzelne lösen kann, das muss die Gemeinschaft nicht erledigen. Vielleicht kann dieses Verständnis auch dazu beitragen, dass nicht aus Steuern, die bekanntlich ohne Gegenleistung erhoben werden, Dinge finanziert werden, die letztlich nur einem kleinen Teil von Personen zugute kommen. Aber wo fängt das an, wo hört das auf, wenn man sagt, da soll sich die aktive Bürgergesellschaft einschalten, denn es gibt durchaus Gründe für öffentliche Aufgabenwahrnehmung. Ich rufe drei kurz in Erinnerung.

Erstens ist das der Fall, wenn eine Nutzung von Leistungen oder Gütern im Gemeingebrauch liegt. Klassischer Fall sind die innerstädtischen Straßen, die Wegebeziehungen, die von jedermann genutzt werden. Es ist schließlich einfacher, man zahlt diese Kosten aus allgemeinen Kassen, als Maut zu erheben, und es ist in der Sache sicherlich auch angemessen.

Zweitens können die Investitionen für einzelne typischerweise zu hoch sein, auch dann ist das ein Fall, wo die öffentliche Hand gerne herangezogen wird und Steuermittel einsetzen soll. Das gilt beispielsweise für den Aufbau eines Bahnnetzes.

Drittens, eine immer wichtiger werdende Erkenntnis, ist die öffentliche Hand gefordert, wenn es darum geht, die natürlichen Lebensgrundlagen, sprich die Umwelt zu schonen. Denn allein in den Dienst der Wirtschaft gestellt wird die endlich verfügbare Ressource Umwelt eben nicht hinreichend geschont. Es ist also eine besondere Verantwortung der öffentlichen Hand, hierfür Sorge zu tragen.

Also, Aufgabenwahrnehmung der öffentlichen Hand ist nicht schlechthin von Übel. Man könnte jetzt als Zweifelsfall öffentlich bereits finanzierte Infrastruktur betrachten. Wie verhält es sich, wenn etwa der Aufbau eines Bahnnetzes einmal finanziert wurde? Kann man das dann nicht privatisieren? Kann man das dann Privaten nicht zur Nutzung überlassen? Wir haben damit gute Erfahrung gemacht im Bereich der Telekommunikation. Wir haben das, obgleich dort Marktgesichtspunkte nicht ausschließlich zum Durchbruch kommen, auch im Bereich der Energienetze erlebt. Und man muss ergänzen, dass Kapitalkraft und Marktzugang heute auch nicht mehr allein durch die öffentliche Hand gewährleistet sind.

Wenn aber öffentliche Leistungserbringung so wichtig ist, warum wird dann im Umkehrschluss nicht gleich alles öffentlich gemacht? Auch dafür gibt es gute Gründe.

Erstens, auch öffentliche Ressourcen sind endlich. Das braucht man in diesen Zeiten kaum in Erinnerung zu rufen und zu betonen.

Zweitens, da bin ich ganz nah bei Herrn Präsident Grünwald, Privatunternehmen haben unter dem Druck des Wettbewerbs einen permanenten Anreiz zur Kostenreduzierung und zur Ertragsteigerung. Das ist eine sozusagen natürliche Orientierung an der Effizienz.

Umgekehrt neigen öffentliche Einrichtungen, das liegt aber in der Natur der Sache und das werfe ich niemandem vor, dazu, auf ihren Aufgaben zu beharren oder neue für sich zu reklamieren. Wer sich einmal die Entwicklung des öffentlichen Sektors in den vergangenen Jahrzehnten angeschaut hat, mag das glauben.

Jede, und das ist der vierte und letzte Punkt dazu, jede öffentlich bereitgestellte Leistung schränkt die Entscheidungsfreiheit des einzelnen ein, weil nämlich nicht mittels Nachfrage bzw. Preis festgestellt wird, welche Leistung bereitgestellt wird, sondern durch eine öffentliche Bereitstellung und eine Finanzierung durch öffentliche Abgaben.

Insofern haben Kommunen und Unternehmen auch völlig unterschiedliche Zielrichtungen. Für die Kommunen ist die Orientierungsmarke, das gesellschaftliche Zusammenleben bestmöglich zu organisieren, bei den Unternehmen ist der Erwerbszweck primär.

So gesehen sind wir bei den kommunalen Unternehmen an einer Schnittstelle. Kommunale Unternehmen sind deshalb auch durchaus gewinnorientiert, aber richtigerweise muss man in ihrer Zielhierarchie dem maximalen Gemeinwohl das Primat einräumen. Dem maximalen Gemeinwohl ist das Gewinnstreben untergeordnet. Das heißt im Klar-

text, die Rechtsform, ob AG, GmbH, ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat eine dienende Funktion. Ich erinnere daran auch immer gern Unternehmensführungen, dass es nämlich nicht Selbstzweck ist, wenn man Unternehmensführer einer öffentlichen Gesellschaft ist, sondern ein großes Privileg. Die Vorteile öffentlicher Unternehmen werden ja auch gerne genutzt. Wer es nicht glaubt, der mag sich daran erinnern, welchen besonderen Vertrauensvorschuss in der Wirtschaftskrise die Sparkassen genossen, weil sie – oftmals auch im Titel, und ich nenne sie sehr gerne so – Stadtsparkassen sind. Damit einher geht aber auch eine Gemeinwohlverpflichtung. Wenn man dieses Privileg, diesen besonderen Vertrauensvorschuss auch der Bürgerinnen und Bürger genießt, dann muss man diesen Akteuren in Erinnerung rufen, dass es etwas mit demokratischer Legitimation zu tun hat. Es gibt ja Menschen, die sagen, das Leben könnte so schön sein im öffentlichen Sektor, wenn es die Politik und die Bürger nicht gäbe, solchen Leuten muss ins Stammbuch geschrieben werden, dass über allem das Gemeinwohl steht und sich dieses über demokratische Legitimation und entsprechende Willensbildung entscheidet. Letztlich geht der Wille des Volkes sozusagen übertragen auf die Volksvertretung, vom Rat dann über auf die Unternehmen. Das bindet öffentliche Unternehmen, wenngleich es bisweilen an Grenzen stößt. Schwierig ist es vor allem bei Schachtelbeteiligung, wenn nach kommunalen Töchtern auch Enkel und Urenkel gebildet werden, sowie insbesondere auch bei Aktiengesellschaften und Minderheitsbeteiligungen, bei denen kein Durchgriffsrecht der einzelnen Kommune besteht.

Nun habe ich vorhin von den Vorteilen privater Unternehmen gesprochen. Umgekehrt gab es im privaten Sektor gerade im Zeichen der Krise auch erschreckende Auswüchse. Das lief dann tragischerweise häufig nach dem Motto „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“. Ein besonders erschreckendes Beispiel sind aus meiner Sicht die Einkommensstrukturen im Bankenbereich, vulgo Boni, die nämlich überhaupt nicht an Nachhaltigkeitskriterien orientiert waren. Und dabei hatte ich früher erfolgsbezogene Vergütungen für besonders sachgerecht gehalten: das Ergebnis des Unternehmens wurde verbessert und hiervon sollen doch auch diejenigen profitieren, die dazu beigetragen haben. Jetzt haben wir allerdings festgestellt, dass gerade im Kreditwesen in den vergangenen Jahren nur scheinbar Werte geschaffen wurden. Nie zuvor kam die Menschheit dem Traum „aus Mist Geld zu machen“ so nahe. Diese Scheinwerte, die sich in Gewinn ausgedrückt haben, haben sich dann auch in Boni niedergeschlagen und diese Boni

wurden dann auch materialisiert: in der Villa am Luzerner See oder einer Yacht in Acapulco oder im Porsche Cayenne. Und als dann festgestellt wurde, wenige Monate oder Jahre später, dass der angeblich geschaffene Mehrwert tatsächlich wertlos war, dass also gar keine Werte geschaffen wurden, da wurde der Schuldendeckel beim Steuerzahler eingereicht. Aber die Villa am Luzerner See, die Yacht in Acapulco und auch der Porsche Cayenne bleiben bei den Profiteuren der Scheingewinne. Das macht natürlich bitter und das hat der Marktwirtschaft und damit leider auch der Sozialen Marktwirtschaft im öffentlichen Ansehen massiv geschadet.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns der tatsächlichen Grundlagen noch mal bewusst werden und dass wir diese kennen, wenn das Pendel, so ist jedenfalls meine Wahrnehmung, im Augenblick von „privat vor Staat“ wieder zurückschlägt. Jetzt bin ich wieder bei der Kommune und nicht mehr in Acapulco. „Rekommunalisierung“ zum Beispiel im Bereich der Abfallwirtschaft ist ein Stichwort dafür; ein weiteres ist „Unternehmensneugründungen“, die ich etwa zum Thema regenerative Energien durchaus für eine klassische Aufgabe der öffentlichen Hand halte, auch im Lichte der Sozialen Marktwirtschaft. Sie können das gleichsam unter mehrere Fallgruppen subsumieren, die ich gerade genannt habe. Ein bisschen schwieriger, Herr Grünwald, fällt mir das tatsächlich, wenn es darum geht, ein Reinigungsunternehmen der Kommune zu gründen.

Noch ein aktuelles Stichwort: „Unternehmenserwerb“. Ich verrate kein Geheimnis, weil es soweit in der Zeitung stand, dass sich einige Stadtwerke darum Gedanken machen, interkommunal die STEAG zu erwerben.

Muss man nunmehr unter dem Gesichtspunkt gemachter Erfahrungen den Kompass völlig neu justieren? Ich meine, wir müssen uns schlicht auf die Soziale Marktwirtschaft besinnen. Wir brauchen weiterhin einen öffentlichen Zweck, das heißt, die Konkurrenz von privaten und öffentlichen Anbietern ist gerade wegen der völlig anders gelagerten Zielrichtung grundsätzlich nicht ideal. Probleme für private gibt es insbesondere dort, wo öffentliche Rahmensetzung und Angebot zugleich durch die öffentliche Hand erfolgen. Andererseits kennen wir auch „Rosinenpicken“ durch private Anbieter. Da suchen sich Private dann bestimmte Segmente heraus, etwa im Bereich Rettungsdienst oder im Bestattungswesen; lukrative Teilaspekte werden herausgeschnitten und privat angeboten, während die Gewährleistung für die unattraktiven Segmente bei der öffentlichen Hand bleibt. Auch das ist nicht schön, und

wer fordert, dass jeder (privat und öffentlich) seinen Bereich machen soll, der muss das auch konsequent in beide Richtungen denken.

Das Thema Örtlichkeitsprinzip, das über lange Zeit hinweg völlig selbstverständlich war, will ich an dieser Stelle auch etwas aufweichen. Denn dort, wo wir zurzeit von dem Örtlichkeitsprinzip abweichen, insbesondere bei der Stromversorgung, da haben wir es gerade nicht mit einem funktionierenden Markt zu tun. Das muss man realistisch so sagen. Es ist ein Oligopol mit wenigen Anbietern. Wenn da ein Wettbewerb existieren soll, dann kommt der am ehesten von den Stadtwerken. Und wenn die Stadtwerke nur auf ihren eigenen Markt reduziert wären und sich nicht, in welcher Konfiguration auch immer, ggf. auch interkommunal aufgestellt, überörtlich betätigen können, dann ist das ein Weniger an Wettbewerb und nicht ein Mehr an Wettbewerb. Mithin kann auch die Überschreitung örtlicher Grenzen völlig im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Ich will ganz zuletzt, ich muss meinen zweiten Punkt, Arbeitsmarkt, leider komplett auf die Diskussion verlagern, damit schließen, dass Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Sinne Sozialer Marktwirtschaft so etwas wie Aufgabenerfüllung durch Gewährleistung bedeutet. Das ist etwa beim Personenbeförderungsgesetz im Grundsatz schon so angelegt. Dort wird nämlich davon ausgegangen, dass das Unternehmen eine Leistung erbringt, die der Besteller, nämlich die Gebietskörperschaft, also die Stadt, dort in Auftrag gibt. In der Praxis, muss man einschränken, sind es fast ausschließlich kommunale Unternehmen. Das gibt das Personenbeförderungsgesetz nicht vor. Es ist also durchaus anders denkbar. Nun leben wir natürlich in den Strukturen, die wir haben, und ich möchte mir nicht wünschen, die Aufträge dann an private Dritte weiterzugeben und die Remanenzkosten bei der Stadt Essen zu halten. Aber ich will zumindest sagen, dass auf Sicht auch private Beauftragung durchaus denkbar wäre im Wege einer Gewährleistungsorganisation.

Leere Kassen, die Effizienz der Strukturen und nicht zuletzt auch die Tatsache, dass wir uns aus Steuern finanzieren, rufen – und da schließt sich der Kreis zur aktiven Bürgergesellschaft – das Ideal des Gewährleistungsstaats und des aktivierenden Sozialstaats in Erinnerung.

Damit will ich es an dieser Stelle bewenden lassen, und das Thema „Arbeitsmarkt“ dann im Rahmen unserer Podiumsdiskussion nachholen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Christa Thoben

Stellvertretende Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen
der CDU

Aus der Sicht der Politik:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich will vielleicht ein bisschen zur Lebendigkeit der Diskussion beizutragen versuchen. Als ich mein Fach Volkswirtschaft studiert habe, das war Anfang der 60er Jahre, da hieß das Fach Volkswirtschaft „Nationalökonomie“. Man hatte also den Nationalstaat im Auge und sich Gedanken darüber gemacht, was muss man eigentlich wissen und verstehen. Und heute müssen wir uns doch mit völlig anderen Fragen befassen. Damals war sogar theoretisch der Finanzmarkt total von Erklärungsversuchen, von Preisen und Mengen und Wirkungen von Warenmärkten getrennt, und noch mal getrennt war die Theorie des Außenhandels. Also all das, was uns heute, ob hier in Nordrhein-Westfalen oder anderswo, maßlos beschäftigt, fand im Grunde genommen in getrennten Erklärungsversuchen statt. Und wenn man dann aus dieser Perspektive sagt, was bedeutet Soziale Marktwirtschaft heute, ist das eine ziemlich komplexe Frage. Während meines Studiums lasen wir damals schon „The American Economic Review“. Diese klassische Zeitschrift nannte alles das, was wir in Deutschland machten, open socialism. So habe ich dieses Fach studiert: mit der Perspektive, die die Amerikaner hatten, und gleichzeitig mit Erklärungsversuchen, auf die wir vergleichsweise stolz waren und die wir bestimmt nicht aufgeben wollen.

Nur, worauf man sehr aufpassen muss, das ist mir bei dem Vertreter der katholischen Kirche aufgefallen: Es ist nicht so, dass die theoretischen Entwürfe der katholischen Kirche in ihren Organisationen gelebt werden. Nehmen wir doch mal zwei Beispiele, damit ein bisschen Leben in den Saal kommt. Es gibt auch in der Vatikanstadt eine Bank, die sich ziemlich heftig in hochspekulative Geschäfte gestürzt hat. Warum wird die nicht genauso an die Kandare genommen, wie Sie eben zu Recht diskutiert haben, was müssen wir alles an Spielregeln ändern, damit bestimmte Verhaltensweisen nicht auch noch prämiert werden. Oder nehmen Sie ein zweites Beispiel, die Subsidiarität. Ich muss Ih-

nen nicht sagen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen und anderswo eine Entwicklung haben, die heißt Tafel. Doch ein Element der Subsidiarität, doch ein vernünftiges, ein funktionierendes. Haben Sie mal versucht, mit der Caritas darüber zu sprechen? Das ist aber anstrengend. Die sind beleidigt, dass in ihr Geschäftsfeld jemand eindringt. Von wegen Subsidiarität. Ich sage das deshalb so deutlich, damit uns klar wird, über was wir reden müssen, wenn wir sagen, wie soll es denn weitergehen.

Vor Jahren im Bistum Münster habe ich an einer Klausurtagung sämtlicher Seelsorger teilgenommen und der Bischof hat mir damals die Möglichkeit gegeben, darüber zu sprechen, ob Gewinne unmoralisch sind. Ich habe dann sehr fröhlich gesagt, das tu ich besonders gerne, denn Gewinne sind ja ein vernünftiges Element, um festzustellen, ob – wenn man ausreichend gearbeitet hat – am Ende eigentlich ein bisschen mehr da ist, als wenn man gar nichts getan hätte. Und wenn man auf so etwas nicht achtet, da konnte man ja feststellen, wo bestimmte Krankenhäuser landeten oder auch die Neue Heimat. Das heißt, es gibt ein paar Indikatoren, die man dringend braucht, um beobachten zu können, ob das, was man tut, einen Sinn ergibt. Und wenn man dann die Gründer unserer Wirtschaftsordnung befragt, wie Ludwig Erhard, die können sehr viel mit dem christlichen Verständnis vom Menschen anfangen, nämlich in dem Sinne, dass sie sagen, wir geben alle vorläufige Antworten, mehr wissen wir nicht. Und nach christlichem Verständnis kann man das religiös ausdrücken: Wir sind zur Sünde fähig. Ich kann es aber auch für normale Menschen ausdrücken: Wir machen Fehler. Da das passiert, muss man eine Ordnung haben, die imstande ist, Fehler zu korrigieren und zu entdecken. Das ist das eigentliche Element.

Also lebt eine Wirtschaftsordnung, eine freie Marktwirtschaft, ganz extrem davon, ob sie vom realistischen Menschen ausgeht und sich dafür Rahmenbedingungen einfallen lässt, die ihn zu einem gedeihlichen Handeln anleiten, oder ob sie sich mit Regeln zufriedengibt, die den Menschen pausenlos verführen, in seiner Unvollkommenheit noch ein bisschen vollkommener zu werden. Ich könnte Ihnen aus den letzten fünf Jahren meiner Tätigkeit als Wirtschaftsministerin zahllose Beispiele dafür nennen und die sind gleichmäßig über die Bevölkerung verteilt. Die treffen nicht nur die, die bestimmte Regelungen des Sozialstaates, obwohl es ihnen ganz gut geht, in Anspruch nehmen. Nein, die sind bei Unternehmern genauso vertreten. Ich nehme mal aus beiden Gruppen ein Beispiel, weil es so schön ist. Da kommen Unterneh-

mer zu mir, natürlich soll der Staat sparen, Herr Grünewald, heftig, aber gleichzeitig wollen sie für eine bestimmte Investition richtig Steuermittel bekommen. Cash. Und wenn man dann begründet und sagt, meine Güte noch mal, das, was Sie vorhaben, das machen Sie doch am besten hier im Land und nicht in Mecklenburg und nicht mit einer neuen Niederlassung, dann haben Sie doch zwei Verwaltungen, und man begründet und begründet und wenn man richtig Glück hat, dann gelingt es bei einem solchen Gespräch, dass der Unternehmer am Ende eines solchen Gesprächs sagt, ist ja gut, ich habe verstanden, aber versuchen musste ich es doch mal. So.

Und dann nehmen Sie ein anderes Beispiel, da nehmen Sie eins, ich sage immer, meine Güte, diese Mitfahrgelegenheiten, wo sich die Autos treffen und dann fährt man mit einem Auto weiter. Ich bin ganz sicher, da setzt immer nur einer diese Kilometer ab. So. Das heißt, man ist mit der Organisation einer freiheitlichen Gesellschaft nie fertig. Man muss immer wieder untersuchen, was haben wir uns angewöhnt, was ist an neuen Problemen da, auf die wir reagieren müssen.

Homann, den ich sehr schätze, der Wirtschaftsethiker, wenn ich richtig informiert bin, nach meiner Einschätzung immer noch, hat gesagt: *Liebe Leute, man kann pausenlos an Moral appellieren, das ist schön und gut. Aber besser ist es, man setzt die Regeln so, dass nicht unmoralisches Verhalten zu viele Gewinne einbringt.* Dafür muss ich sorgen. Ich möchte ja gerne, dass die Menschen sich anstrengen, dass sie Vorteile davon haben, aber die Spielregeln sind wichtig.

Es darf nicht der, der sich ordentlich benimmt, der Dumme sein. Und deshalb ist das Überprüfen von Zeit zu Zeit ungeheuer wichtig. Und so eine Rahmenordnung, noch einmal, Ludwig Erhard wusste das, die ist nie fertig. Auch da muss man immer wieder hinsehen, was haben wir dazugelernt. Es ist eine Gestaltungsaufgabe, eine permanente Gestaltungsaufgabe.

So, und nun will ich mal ein paar Elemente aus aktueller Zeit nennen. Großprojekte. Bei Großprojekten erleben wir, dass der Ablauf von rechtlichen Dingen irgendwo definiert ist und die Neigung besteht, sich allein auf diesen Rechtsanspruch zu stützen. Das hat früher immer geklappt, im Ruhrgebiet war man für Industrie, das war doch kein Thema. Wir können jetzt übrigens auch heute noch an manchen Standorten Kraftwerke bauen, ohne dass es knallt, zum Beispiel in der Gegend Hamm, Lünen. Ganz kleine Gruppen, die mal da ein bisschen quengeln, aber nicht generell gegen Kraftwerke. Ich glaube, wir müs-

sen frühzeitiger, als wir es früher gewohnt waren, mit der Bevölkerung über Sachverhalte reden. Wir haben im Moment viel zu viele, die irgendwas behaupten, keine Ahnung haben, sich aber so schön aufregen können, dass sie sich pausenlos mit anderen unterhaken und gegen etwas sind. Das ist aber keine Zukunftsantwort.

Wenn Sie alleine versuchen, und das ist im Ruhrgebiet immer noch nicht leicht, darzustellen, wie viel Prozent der Primärenergieversorgung in unserem Land aus heimischer Steinkohle kommt, weil ja viele sagen, die muss man viel länger als bis 2018 nutzen, um die Sicherheit der Versorgung nicht zu gefährden. Es sind zwischen zwei und drei Prozent, und jetzt stellen Sie sich bitte vor, welche Effizienzpotentiale wir bei Anwendung moderner Technik noch vor uns haben, und da soll das ein Festhalten begründen? Das kann man nur dann vortragen, wenn man keine Ahnung hat oder nicht will, dass die Menschen die Sachverhalte kennen lernen.

Dasselbe haben wir auf der anderen Seite in einer riesigen Begeisterung für erneuerbaren Energien. Ich teile die. Ich möchte möglichst viel davon, aber ich möchte es im vernünftigen Tempo und zu nachvollziehbaren erträglichen Preisen. Und ich kann nichts dazu, dass das hier nicht so windhöflich ist wie auf der Nordsee. Aber wenn das so ist, dann darf ich nicht überall demonstrieren und dann auch noch verhindern, dass neue Stromleitungen gebaut werden, denn dann kommt der Strom, wenn er denn in der Nordsee produziert wird, nicht mehr bei uns an und hunderttausende von Arbeitsplätzen in energieintensiven Industrien drohen abzuwandern. Innerhalb der CDU haben Claus Töpfer und ich bereits 1984 eine Debatte darüber geführt, was L. Erhard, wenn er heute leben würde, gesagt hätte. Sehr wahrscheinlich würde er für ökologische und soziale Marktwirtschaft werben. Was heißt denn, auch gerade unter christlichem Verständnis, Bewahrung der Schöpfung. Das heißt doch auch wohl intelligenter Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Und da können wir inzwischen Technologien vorweisen, von denen hat man damals noch nicht mal geträumt. Ich bringe immer ein Beispiel, wenn man hier im Ruhrgebiet groß geworden ist, man fiel immer auf. Ich habe gerne Tennis gespielt und offensichtlich ganz gut und immer, wenn man außerhalb des Ruhrgebiets auf einen Tennisplatz kam, die wussten sofort, man kam aus dem Ruhrgebiet, denn man hat sich mit der weißen Kleidung nie hingesetzt, bevor man nicht einmal gewischt hatte.

Was haben wir geschafft in den letzten Jahrzehnten? Wir haben neues, anderes entwickelt und das bedeutet Veränderung und für die Ver-

änderungsprozesse braucht man ein Tempo, das die Menschen aushalten können. Und das ist der eigentliche Kern der sozialen Elemente. Kriegen wir es so organisiert, dass die Menschen die Prozesse aushalten und nutze ich die Mittel weit überwiegend, um sie zu befähigen, möglichst schnell in andere, neue Beschäftigungen zu kommen, durch Qualifizierung, durch Umschulung, durch alles mögliche.

Aber manche meinen, man müsste Veränderungen verhindern. Angela Merkel hat im Jahr 2000 die verschiedenen Dinge genannt, die sich so verändert haben, dass man Soziale Marktwirtschaft neu denken muss. Was haben wir eine veränderte Arbeitswelt, national und international. Da komme ich doch nicht nur mit den Antworten aus, die wir damals gegeben haben. Das wird nicht klappen. So, international müssen wir einen Wettbewerb aushalten, früher haben wir gerne ein bisschen im Ausland verkauft, aber heute hat das doch Dimensionen erreicht. Die Finanzmärkte haben sich total von den realen Märkten getrennt. Darauf muss man eine Antwort finden und die klappt dann nicht mehr national.

Selbst wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass wir alle Vorstandsgehälter der Sparkassen so weit kappen, dass sich keiner mehr ärgert, der sie nicht bekommt. Das würde ja nicht reichen. Wir werden grundsätzlichlicher nach neuen Lösungen für die Finanzmärkte suchen müssen.

So, und jetzt die Ordnungspolitik. Ich bin ja begeisterter Anhänger der Ordnungspolitik, aber hätten wir in der Krise wirklich nicht unsere Bürgerschaftsdinge ausweiten, beschleunigen sollen? Hätten wir nicht die Kurzarbeiterregelung unterstützen sollen? Hätten wir sagen sollen, lass doch? Müssen wir da nicht die Kraft haben zu sagen, selbst wenn es, wie Herr Hüther das vom Institut der Deutschen Wirtschaft so schön formuliert hat, selbst wenn ich weiß, dass das so ein kleiner ordnungspolitischer Sündenfall sind, Hauptsache, ich weiß es und ich gehe da schnell wieder heraus. Aber diese Schwarz-Weiß-Vorstellung, dass man genau in jedem Moment weiß, was falsch und richtig ist, die habe ich noch nie geteilt. Dazu war ich zu lange in der empirischen Wirtschaftsforschung. Das wenige, was man wirklich weiß, verführt, wenn man sich dem ganz hingibt, wenn man nicht erkennt, dass das nicht mehr ist als ein Instrument, und da komme ich aus meiner Sicht zu dem schlimmsten, was passiert ist in dem Fach, das ich studiert habe, das ist die Mathematisierung.

Die Vorstellung, über mathematische Modelle könne man sämtliche Verhaltensweisen großer Gruppen, Länder, Regionen und Branchen so weit abbilden, dass man daraus Entscheidungen ableitet, ist eine Hybris, und die hat uns dahin geführt. Heute fangen alle wieder an und publizieren und sagen, es gibt auch noch Verhaltensweisen, auf die man eingehen muss, die längst nicht alle rational sind. Ich habe immer bei der Abwrackprämie gesagt, beim Porsche wird die nicht wirken, während andere gesagt haben, das darf man gar nicht machen. Ich habe gesagt, nun lasst uns doch mal überlegen, in welchen Märkten wird es denn wirken und ist es vielleicht nicht doch eine Hilfe, ein Stück Zeit zu gewinnen und nicht Strukturen zusammenbrechen zu lassen, die unter mittelfristigen Gesichtspunkten vernünftig sind. Diese Abwägungsprozesse auszuhalten, ich glaube, ist die Hauptaufgabe der Politik.

Lord Dahrendorf sieht das übrigens genauso, ich fühle mich da in guter Gesellschaft. Noch wohler fühle ich mich, wenn ich mich daran erinnere, dass ich damals lange Debatten auch mit Kardinal Hengsbach hatte. Der hat sehr wohl unterschieden zwischen Glauben und Wissen und er hat damals immer dafür geworben, sehen Sie erst mal zu, dass Sie möglichst viel wissen, der Glaube ist für andere Fragen zuständig. Ihn zu ersetzen und zu meinen, man brauchte dann kein Wissen mehr, das führt in die Irre, und deshalb höre ich auf mit einem Zitat von Nell-Breuning, das mir besonders gut gefällt. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die sozialste, die mit den geringsten Anforderungen an die Moral des einzelnen auskommt. Anständige Regelungen sind die beste Einladung. Darum müssen wir uns alle kümmern. Dankeschön.

Schlusswort

Reinhard Schaffrick, Vors. KKV-Diözesanverband Essen

Das 17. KKV Herbstforum im Jahr der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 ist beendet.

Als Gastgeber, als Vorsitzender des KKV Diözesanverbandes Essen, bleibt mir das Schlusswort.

Soziale Marktwirtschaft, kein alter Hut, wie wir gerade gehört haben.

Ich hoffe, damit hat sich auch die Frage erledigt:

„Was haben wir als KKV'innen und KKV'er in unserem Alter mit sozialer Marktwirtschaft zu schaffen?“

Ich glaube, wenn ich die heutigen Beiträge unserer Referenten rekapituliere, sind wir alle von einer gut funktionierenden sozialen Marktwirtschaft abhängig und betroffen.

Der ernannte Kardinal und Erzbischof von München und Freising Reinhard Marx schreibt in seinem 2008 erschienenen Buch „Das Kapitel“:

Zur sozialen Marktwirtschaft, abgeleitet aus der katholischen Soziallehre, gibt es keine Alternative in unserer globalisierten Welt mit ihren Risiken.

Im Ergebnis zeigt sich, dass sich der KKV mit der Wahl des Jahresthemas und der KKV-Diözesanverband Essen mit der Wahl des Themas zum Herbstforum 2010 auf der Höhe der marktwirtschaftlichen Diskussion befindet.

Mit den Referenten

Frau Thoben,
Herrn Belafi,
Herrn Grünewald und
Herrn Klieve

war, wie wir alle heute erfahren haben, das Podium unter der Moderation von Herrn Meßing hochkarätig besetzt.

Ich bedanke mich im Namen aller Anwesenden ganz herzlich für ihre engagierten Beiträge.

Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Wehner, unserem Bundesverbandsvorsitzenden, für seine heutige Teilnahme an diesem Herbstforum und für seine Begrüßungsworte.

Bei unseren Partnern, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der PAX-Bank und der Diözesanverbände des KKV Aachen, Köln, Münster und Paderborn bedanke ich mich für die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung in ideeller und materieller Hinsicht.

Aber was wäre diese Veranstaltung, wenn Sie alle heute nicht unsere Gäste wären, als aufmerksame Zuhörer und als kompetente Diskussionssteilnehmer.

Herzlichen Dank für Ihre Beiträge und für Ihr Interesse verbunden mit der Bitte im kommenden Jahr auch unsere Gäste zu sein und weitere Gäste in großer Anzahl mitzubringen.

Danke auch an alle Helfer, die diese Veranstaltung unter der Leitung von Frau Ziolkowski vorbereitet haben, bei der Durchführung anwesend waren und die Nacharbeiten ausführen werden.

Wie Sie das gewohnt sind, wollen wir unsere Referenten und unseren Moderator nicht ohne eine kleine flüssige Aufmerksamkeit in Flaschen entlassen.

Ihnen allen wünsche ich einen angenehmen Heimweg und ein gesundes Wiedersehen im Jahre 2011 am 7. November zu unserem 18.Herbstforum.

Herzlichen Dank

Ein Verband stellt sich vor

Die Mitglieder des 1877 in Mainz gegründeten Verbandes KKV-Katholisch Kaufmännischer Verein (1965 umbenannt in KKV-Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) sind aufgeschlossene, verantwortungsbewusste Männer und Frauen, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen: Selbständige, unternehmerisch Tätige, Kaufleute, Beamte, Angestellte und Techniker, sowie Auszubildende und Studenten-Jung-KKV- und nicht mehr im Erwerbsleben Stehende aus Berufen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die KKV-Orts- und Diözesangemeinschaften bieten Informationen und Deutungen zu kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Veränderungen, geben Wegweisung in kritischer Zeit.

Glaube und Kirche, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Ordnung, Ehe und Familie, Beruf und Arbeitswelt, Bildung, Kultur und Freizeit und nicht zuletzt Pflege der Gemeinschaft sind Themen und Anliegen, denen sich der KKV verpflichtet fühlt.

Der KKV möchte seinen Mitgliedern kein Freizeitprogramm, sondern ein Lebensgestaltungsprogramm bieten. Dazu treffen sich KKVer/Innen mit ihren Familien mindestens einmal im Monat zu Vorträgen, Diskussionen, Besichtigungen, Fahrten, Exkursionen. Vor allem soll jeder Gemeinschaft erfahren. Die Geselligkeit kommt nicht zu kurz, weil Freude und menschliche Begegnung zu einem sinnerfüllten Leben gehören.

Der KKV will motivieren, über Glaubensfragen nachzudenken. Die heutigen Probleme bedürfen mutiger Christen, die bekennend ihre Wege gehen. Auch Ihre Impulse sind uns wichtig. Offenheit und Freundschaft sind Orientierung für unser Leben. Junge Erwachsene finden eine lebendige und frohe Gemeinschaft im Jung-KKV.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sprechen Sie uns an, oder rufen Sie an.

Geschäftsstellen:

KKV-Diözesanverband Essen e.V.
Margarethe Ziolkowski
Bismarckstraße 61
45128 Essen
Telefon und Fax: 0201 770243

KKV-Diözesanverband Köln
Sigrid Arck
Alfred-Bucherer-Str. 53
53115 Bonn
Tel.: 0228 623949

KKV-Diözesanverband Münster
Norbert Gebker
Rosenstr. 16
48143 Münster
Tel.: 0251 495477

KKV-Diözesanverband Paderborn
Frank Fröhlich
Wiesenbach 53
33611 Bielefeld
Tel.: 0521 81577

Bisher erschienene Dokumentationen

1. Mittelstand in Europa
Das christliche Menschenbild als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft – (KKV-Europaabend am 5.12.1994 im Vorfeld des EU-Gipfels im Dezember 1994 in Essen)
2. Business Reengineering
Radikales Konzept zur Unternehmensorganisation
Chance für den Standort Deutschland
Herausforderung für die Wirtschaftsethik
(KKV-Herbstforum am 13.11.1995 in Essen)
3. Steuerreform und Mittelstand;
Nimmt der Staat mehr, als des Staates ist?
(KKV-Herbstforum am 4.11.1996 in Essen)
4. Strangulierung durch Regulierung
Schafft die Bürokratie (die) Selbständigkeit?
(KKV-Herbstforum am 10.11.1997 in Essen)
5. Soziale Sicherung grenzenlos?
Eigenverantwortung oder Solidarität
in Deutschland und Europa.
(KKV-Herbstforum am 9.11.1998 in Essen)

6. Die neue Welt der Information – Chancen für den Mittelstand
(KKV-Herbstforum am 8.11.1999 in Essen)
7. Soziale Gerechtigkeit – Nur eine Frage des Geldes?
(KKV-Herbstforum am 13.11.2000 in Essen)
8. Arbeit in neuer Selbständigkeit
Gewandelte Formen zwingen zum Umdenken
(KKV-Herbstforum am 12.11.2001 in Essen)
9. Bildung und Arbeit – Erwartungen und Forderungen an das
Schulsystem und die Arbeitswelt
(KKV-Herbstforum am 4.11.2002 in Essen)
10. Quo vadis Deutschland?
Was bringt die wirtschaftliche und soziale Zukunft?
(KKV-Herbstforum am 17.11.2003 in Essen)
11. Ist die deutsche und europäische Wirtschaft gerüstet, um Part-
ner und Mitbewerber der amerikanischen und asiatischen Wirt-
schaft auf dem Weltmarkt zu sein?
Wie stellt sich NRW diesen Herausforderungen?
(KKV-Herbstforum am 8.11.2004 in Essen)
12. Ist die Deutsche Wirtschaft auf die demographische Entwicklung
vorbereitet? weniger + älter = ärmer?
(KKV-Herbstforum am 7.11.2005 in Essen)
13. Energie – Sicherheit, Abhängigkeit, Alternativen
(KKV-Herbstforum am 13.11.2006)
14. Kann der Staat Pleite gehen? – Die Rückführung der Staatsver-
schuldung
(KKV-Herbstforum am 12.11.2007)
15. Ein asiatisches Jahrhundert? Globalisierung und ihre Folgen.
Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir?
(KKV-Herbstforum am 10.11.2008)
16. Finanz- und Wirtschaftskrise – Neuorientierung auf der Basis der
katholischen Soziallehre?
(KKV-Herbstforum am 9.11.2009)

Herausgegeben vom

Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung

Diözesanverbände Essen e.V., Aachen, Köln, Münster, Paderborn
Essen, 2010

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos.

Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten.

Redaktionsanschrift: KKV-Diözesanverband Essen e.V.
Bismarckstr. 61
45128 Essen
Tel. + Fax: 0201 770243
E-Mail: kkv-dv-essen@t-online.de
Internet: www.kkv-essen.de